Miechowitzer Zeitung

Anzeiger für die Gemeindebezirke Miechowitz, Karf und Rositznitz

Erscheint wöchentlich drei mal und zwar **Dienstag, Donnerstag und Sonnabend** nachmittags. Bezugspreis pro Monat 150 Pfg. frei ins Haus; durch die Post bezogen 4.50 Mk. pro Vierteljahr

Geschäftsstelle: Dittmann's Buchhandlung, Miechowitz.

Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Josef Jarosch, Miechowitz.

Anzeigenpreis: Die 8 gespaltene Colonelzeile oder deren Raum kostet 20 Pfennig. - Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt Druck „Kurier" G. m. b. H. Königshütte — Kattowitz.

Nummer 132. **Freitag, den 12. November 1920** **6. Jahrgang.**

Endlich!

Schutz der lebensnotwendigen Betriebe.

Endlich hat die Reichsregierung sich dazu aufgerafft, zur Beseitigung der schlimmsten Folgen des tollen Treibens der Berliner Elektrizitätsarbeiter und der jämmerlichen Haltung der vor ihren Wählern in Angst schlotternden sozialistischen Berliner Stadtverwaltung einzugreifen. Der Reichspräsident hat folgende Verordnung erlassen:

§ 1.

In Betrieben, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, sind Aussperrungen und Arbeitsniederlegung (Streik) erst zulässig, wenn der zuständige Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt hat und seit der Verkündigung des Schiedsspruches mindestens drei Tage vergangen sind.

Wer zu einer, nach Absatz 1 unzulässigen Aussperrung oder Arbeitsniederlegung auffordert oder zur Durchführung eines solchen Streiks an Maschinen Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vornimmt, durch die ordnungsmäßige Fortführung des Werkes unmöglich gemacht oder erschwert wird, wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis 15 000 Mark bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine nach Absatz 1 unzulässige Aussperrung vornimmt.

§ 2.

Werden durch Aussperrung oder Arbeitsniederlegung Betriebe der genannten Art ganz oder teilweise stillgelegt, so ist der Reichsminister des Innern berechtigt, Notstandsarbeiten und Notstandsversorgung zu sichern, sowie alle Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, die zur Versorgung der Bevölkerung oder zur Weiterführung der Betriebe geeignet sind. Hierzu gehört auch die Herbeiführung der Befriedigung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer. Die durch derartige Anordnungen entstehenden Kosten fallen dem Betriebsunternehmer zur Last.

§ 3.

Arbeiter, Angestellte, Beamte welche in Beachtung der Bestimmung des § 1 die Arbeit in den obengenannten Betrieben weiterführen oder gemäß § 2 angeordnete Notstandsarbeiten oder Arbeiten zur Sicherung der Notstandsversorgung leisten, dürfen dieserhalb in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem 10. November in Kraft.

* * *

Wieder ein Zug zurück.

Nachdem der Berliner Magistrat sich entschlossen hat, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, hat der Reichsminister des Innern für heute die Durchführung der auf Grund der Anordnung des Reichspräsidenten bereits beschlossenen Maßnahmen **ausgesetzt**.

Das Ultimatum des Berliner Magistrats.

Berlin, 10. Nov. Der Magistrat sieht sich mit Rücksicht auf die durch den Streik der städtischen Elektrizitätsarbeiter hervorgerufene Bedrohung des allgemeinen Wirtschaftslebens zu folgenden Beschlüssen veranlaßt:

1. Die Arbeiter und Angestellten der städtischen Elektrizitätswerke werden aufgefordert, ihren Dienst nach den Weisungen der Direktion im vollen Umfange spätestens bis Donnerstag, den 11. November, nachmittags 2 Uhr, aufzunehmen. Die Arbeiter und Angestellten, welche dieser Aufforderung nicht Folge leisten, haben sich mit sofortiger Wirkung als entlassen zu betrachten.

2. Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke wird beauftragt, diejenigen Arbeiter und Angestellten, welche zur Durchführung des Streiks an den Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vorgenommen haben, durch die die ordnungsmäßige Fortführung des Werkes unmöglich gemacht oder erschwert ist, sowie ferner diejenigen, welche zur Herbeiführung dieses Erfolges mitgewirkt haben, zu ermitteln und sofort zu entlassen.

3. Die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke wird ferner beauftragt, solche Arbeiter und Angestellte, gegen welche nach den bisherigen Ermittelungen Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß sie die unter Ziffer 2 angegebene Handlung begangen haben, bis zur endgültigen Feststellung ihrer Schuld unter vorläufiger Belassung ihrer Bezüge vom Dienst zu suspendieren.

*

Die Berliner Gewerkschaftskommission protestiert in einer Erklärung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten, da sie gegen das in der Verfassung gewährleistete Koalitionsrecht einer Gruppe der Arbeiter verstoße. Die sozialistischen Parteien werden aufgefordert von der Regierung die **sofortige Aufhebung** der Verordnung zu verlangen.

*

Die Funktionäre der Berliner Elektrizitätsarbeiter haben am Mittwoch in einer Versammlung, nach dem der Verband der Maschinisten und Heizer zum Abbruch des Streikes geraten hatte, erneut eine Urabstimmung vornehmen zu lassen, die Donnerstag vormittag beendet sein sollte.

*

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Berl. Lok.-Anz." gab der preußische Minister des Inneren **Severing** seiner Betriedigung Ausdruck, über das Ultimatum des Berliner Magistrats über die streikenden Elektrizitätsarbeiter. Es enthebe vorläufig die Reichsregierung, wie die preußische Regierung der „unangenehmen" Aufgabe, in die Selbstverwaltung der Städte durch die Verordnung des Reichspräsidenten einzugreifen. Sollte sich jedoch wider Erwarten die erneute Urabstimmung der Streikenden für die Fortsetzung des Streiks aussprechen, so würde die von der Reichs- und preußischen Staatsregierung vorbereitete Aktion unverzüglich ins Werk treten.

*

Berlin, 11. November. (Eigene Meld.) In den Berliner Eisenbahnwerkstätten ist vorgestern früh wieder eine Anzahl von Arbeitern der Arbeit ferngeblieben. In Flugblättern wird unausgesetzt für den Generalstreik agitiert.

Mehlverteuerung durch die Reichsgetreidestelle.

Die Fachzeitung „Die Konditorei" schreibt:

Wir haben seinerzeit das ablehnende Verhalten des Reichsernährungsministers gegenüber dem billigen Mehlangebot der amerikanischen Bäckermeister kritisiert. Wie jetzt eine kleine Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Deermann, des Vertreters der christlich föderativen Volkspartei feststellt, haben auf dem rheinischen Handwerkertag in Köln Vertreter der Trierer Bäckerinnung erklärt, daß die Innung im Frühsommer zur Zeit des höchsten Markkurses tausend Zentner amerikanisches Weizenmehl zu dem bisher nicht erreichten billigen Preise von 2,50 Mark das Pfund frei Trier gekauft hat. Die Reichsgetreidestelle versagte die Einfuhr trotzdem. Ein Brüsseler Großkaufmann nahm das Mehl zu 2,50 Franken und setzte es zu 3 Franken an einen Holländer ab. Dieser Holländer hat dann mit nahezu 100 Prozent Aufschlag gegen den Ursprungspreis dasselbe Mehl an die Reichsgetreidestelle verkauft, so daß das deutsche Volk für nahezu das Dreifache des Trierer Preises endlich das Mehl erhielt.

Dr. Deermann fragt: Was sagt die Reichsregierung zu dieser Feststellung? Auf die Antwort kann man gespannt sein.

Der polnische d'Annunzio.

Kowno, 10. November Polnischen Zeitungen zufolge hat die Regierung Zeligowski beschlossen, in kürzester Zeit im besetzten Gebiet Litauens die Bodenreform durchzuführen und ihre Soldaten mit Land zu versorgen. Warschauer Zeitungen verlangen den litauischen Boden auch für die anderen polnischen Truppen.

Aus Warschau sind in Wilna 35 Waggons mit Munition, Lebensmitteln und Kleidungsstücken für die Truppen Zeligowskis eingetroffen. 20 Millionen polnische Mark wurden für die Volksabstimmung in Wilna von Warschau überwiesen. Am 2. November wurden in Wilna von Warschau überwiesen. Am 2. November wurden in Wilna alle Rekruten der letzten acht Jahrgänge einberufen, am 3. November wurde in Wilna die Diktatur Zeligowskis proklamiert. Nach Zählung der von Litauern gemachten Kriegsgefangenen aus dem Heere Zeligowskis wurde festgestellt, daß nur 8 Prozent aus dem besetzten Litauen stammen und 92 Prozent aus Polen.

Die Mehrzahl sind Egoisten.

Ein überraschendes Geständnis im „Vorwärts" ist wegen der Sozialisierungsfrage von besonderem Interesse. In seiner Beilage „Volk und Zeit" bringt er nämlich einen Aufsatz über die Gärtenansiedlung Schwante. Darin findet sich folgende Stelle:

Für den Volkswirt und Sozialisten gibt es kein besseres Lerngebiet als den Aufbau einer solchen Genossenschaft. Hier stehen Theorie und Praxis gegenüber, hier erkennt man deutlich, welche Rolle der Mensch mit seinen Einheiten, seinem Egoismus und Schwächen in der genossenschaftlichen Arbeit spielt und wie der Erfolg von den Führern und ihrer diktatorischen Stellung abhängt; hier erkennt man überzeugend, wie notwendig der Eigenbesitz ist, um die Genossen mit ganzem Interesse beim Werk zu halten. Alle Versuche mit den Produktivgenossenschaften haben bisher zu keinen Erfolgen geführt an ihre Stelle wird die Produzentengenossenschaft, in der jeder Herr auf seinem Boden ist, treten. Nur sehr wenige sind fähig, sich ganz der Allgemeinheit hinzugeben, die Mehrzahl sind Egoisten wollen nach ihrem eigenen Denken ihre Arbeit gestalten.

Der Verfasser meint weiter, das sollten die kommunistischen Utopisten besonders bedenken. Schon recht, aber enthalten diese Bemerkungen nicht dieselbe Lehre für die Anhänger des Erfurter Programms?

Polen gegen Tschechen.

Warschau, 10. Novemer. Die gesamte polnische Presse lehnt ein Bündnis mit der Tschechoslowakei ab. Man wirft Prag die Haltung während des russisch-polnischen Krieges vor und vor allem die Ausnutzung der Verlegenheiten Polens bei der Regelung der Teschener Frage. Der Krakauer „Czas" begründet die ablehnende Haltung der polnischen Regierung in Bezug auf den Beitritt Polens zur kleinen Entente und sagt, jedes Bündnis mit Tschechien würde zunächst von den Tschechen nicht eingehalten werden; in Bezug auf Ostgalizien, Litauen und die Baltischen Länder begegne Polen dem tschechischen Widerstand. Polen sei bereit, auf jede Verbindung einzugehen, von welcher die Tschechen ausgeschlossen wären. Am sympathischsten wäe Polen ein Bündnis mit Rumänien und en Baltischen Staaten. „Rzeczpospolita" meldet, daß von polnischer Seite dem rumänischen Auenminister Jonescu der Vorschlag gemacht worden ist, ein Bündnis zwischen Polen, Rumänien und den baltischen Staaten abzuschließen. Ein solches Bündnis würde viel eher als die Kleine Entente den Frieden in Osteuropa sichern können.

Sehr bemerenswert ist auch eine Auslassung des „Kurjer Warszawski", welcher für eine Annäherung zwischen Polen und Deutsch-Oesterreich eintritt. In das Bündnis zwischen Paris, Warschau und Bukarest soll auch Wien eingeschlossen werden.

Frankreich duldet keine Lenin-Propaganda.

Genf, 11. November. (Eig. Meld.) Havas meldet: Die französische Regierung hat den Aufruf Lenins an die französische Arbeiterschaft beschlagnahmt, der zur Anstiftung der Räterepublik im Verein mit dem deutschen Proletariat auffordert.

Ein Königreich Irland?

London, 10. Nov Die sogenannte Friedenskonferenz, die hauptsächlich aus irischen Unionisten besteht, hat nach dreimonatiger Arbeit die Vorschläge für die neue irische Verfassung folgendermaßen formuliert: Dominions-Homerule, Beschränkung hinsichtlich der Landesverteidigung and Vertretung Irlands im Völkerbunde und Imperial-Concil, eine irische konstituierende Versammlung, die den Rahmen der Verfassung auszuarbeiten hat. Die Ulstermitglieder können, wenn sie es wünschen, für ihr eigenes Gebiet eigene Vorschläge machen. Falls Irland geteilt wird, könnten beide Parteien unter irischer Legislatur und Exekutive zusammenkommen. Ferner wird verlangt vollständige fiskalische Unabhängigkeit für alle öffentlichen irischen Besitzungen, die von Irland zu übernehmen wären. Irland hat das Recht, den offiziellen Titel „Königreich Irland" zu führen.

Um Bayerns Einwohnermehr.

Berlin, 11. November. (Eig. Meld.) Der Reichskommissar für die Entwaffnung begibt sich am kommenden Sonntag von neuem nach München zu Verhandlungen über die bayerische Entwaffnungsfrage.

Demonstrationen in Magdeburg.

Magdeburg, 11. November. (Eig. Meld.) Demonstrationen von Arbeitslosen haben gestern hier stattgefunden. Es kam zu mehreren Zusammenstößen mit der Sicherheitspolizei.

Neue Lohnforderungen in Hamburg.

Hamburg. 11. November. (Eigene Meldung.) Der „N. G. J." zufolge stellen die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe in Hamburg neue Lohnforderungen auf. Ihre Bewilligung würde eine Verdoppelung aller Sätze für Gas, Elektrizität und Wasser mit sich bringen. Mit Ausnahme von einigen Zusammenrottungen am gestrigen Abend herrscht in Hamburg Ruhe.

Kommunisten-Unfug.

Berlin, 11. November. (Eigene Meld.) Am Mittwoch nachmittag hat die angekündigte Wahl von **politischen** Arbeiterräten Deutschlands in den Groß-Berliner Betrieben begonren. Die Abstimmung wurde jedoch von dem überwiegenden Teil der Arbeiterschaft verhindert. Seit Mittwoch früh zeigt sich dagegen in den von den radikalen Betriebsräten beeinflußten großen Fabriken eine erhebliche Unruhebewegung. In den Außenbezirken Tegel und Spandau fanden Geheimsitzungen der Obleute statt Man glaubt, daß die nächsten Tage doch noch in Berlin den Versuch der Kommunisten bringen werden, die Massen zu einem allgemeinen **Kommunistenputsch** auszunutzen.

Zum Abbau der Preise.

Berlin, 11. November. (Eigene Meldung.) Wie aus Mecklenburg gemeldet wird, tritt der Landarbeiterverband schon wieder mit einer 50-prozentigen neuen Lohnforderung an die Landwirtschaft heran. Das bedeutet eine abermalige Verteuerung der landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Es ist aber auch damit zu rechnen, daß die landwirtschaftliche Produktion weiter eingeschränkt wird.

Der Oesterreichische Nationalrat.

Wien, 11. November. (Eig. Meld.) Die Eröffnung des Nationalrates hat gestern stattgefunden. Präsident Seitz eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er des zweijährigen Bestehens der Oesterreichischen Republik gedachte, und den Tag als historisch bezeichnete, weil er als die Geburtsstunde des neuen Oesterreichischen Staates zu betrachten sei. Die Sozialdemokraten waren mit roten, die Christlich-Sozialen mit weißen und die Großdeutschen mit blauen Blumen geschmückt. Erster Präsident wurde Weißkirchner mit 106 Stimmen. Die Sozialdemokraten hatten weiße Stimmzettel abgegeben.

Ein ernstes Wort der deutschen Bischöfe.

Ein vom Feste Allerheiligen datiertes und von sämtlichen deutschen Erzbischöfen und Bischöfen unterschriebenes, gemeinsames Hintenschreiben behandelt in eindringlichster Weise den Kampf, die Notwendigkeit des entschiedensten Kampfes gegen die immer mehr überhandnehmende öffentliche Unsittlichkeit.

Mit Genugtuung blicken die H. H. Bischöfe auf das Ergebnis einer Rundfrage in den verschiedenen Diözesen, die da so viel Tröstliches und Erhebendes zeigte. Fast überall eine entschiedene Wiederaufnahme der Arbeit, eine vernünftige Rückkehr zur guten Ordnung, ein starkmütiges Tragen und opferwilliges Helfen, eine Zunahme des religiösen Eifers. Unser ganzes katholisches Volk hat sich wie ein Mann erhoben zum Schutzn seiner Kirche und Schule. Das sind erfreuliche Anzeichen eines ungebrochenen neu erstarkenden religiösen Lebens. „Um so sorgenvoller gewahren die H. H. Oberhirten die erschreckende Zunahme der öffentlichen Unsittlichkeit. Am kühnsten erhob das Laster seine Stirne seit der Revolution."

Die Bischöfe weisen auf die furchtbaren Folgen des entsetzlichen sittlichen Niederganges hin und zeigen, daß dieses Laster sowohl unnatürlich und auch durch und durch widerchristlich ist." „Fliehet die Unzucht — sie ist widernatürlich und widerchristlich; sie bedroht wie kein anderes Laster das leibliche und das religiöse Leben des einzelnen wie des Volkes! Die Not der Zeit zwingt uns, diesen apostolischen Mahnruf mit der ganzen Kraft unserer Autorität in unser Volk hineinzurufen. Denn weite Kreise des Volkes müssen mit dem Propheten klagen: Größer ist geworden die Schuld der Tochter unseres Volkes, als die Sünde Sodoms, das plötzlich unterging (Klagel, 4, 6) . . . Wir müssen den Kampf aufnehmen, und zwar mit größerer Entschiedenheit und Geschlossenheit als bisher. Es ist die letzte Stunde. Alles drängt der Entscheidung entgegen; ja es handelt sich jetzt um das zeitliche und ewige Wohl unserer Familien, unserer Kinder, unseres Volkes, um die ganze Zukunft unseres Vaterlandes."

Nach einer Ermahnung an die Priester, nicht zu erlahmen im herben Kampfe gegen das Laster der Unzucht, schreiben die Bischöfe:

„Wie aber die Dinge jetzt liegen, scheint es uns geboten, ganz besonders unsere Vereine wie geschlossene Heeresreihen in den Kampf zu führen, um das so schwer bedrohte kostbarste Lebensgut der Nation. Unsern katholischen Männervereinen wird dabei vor allem die Aufgabe zufallen, als zuverlässige und ehrenamtliche Sittenpolizei einzuschreiten gegen die schlimmsten Auswüchse der öffentlichen Unsittlichkeit, gegen die abscheulichen Skandale der Schmutzliteratur, der Theater, der Kinos, der städtischen Schaufenster. Es ist nicht wahr, daß man dagegen machtlos sei. Der Fehler ist nur, daß noch immer die Guten schweigen und dulden, statt laut und rücksichtslos den Kampf aufzunehmen."

Dem Katholischen Frauenbunde Deutschlands wird unter Hinweis auf die erfolgreiche Aktion der kathol. Frauen in Amerika und in Italien die „besondere Aufgabe" zugewiesen, „wenigstens in der kathol. Welt aufzuräumen mit der unanständigen Kleidermode, die so sehr mitschuldig ist an der Entsittlichung des Volkes". Auch die Jünglings- und Jungfrauenvereine und Kongregationen, sowie die kathol. Müttervereine werden zur Aktion aufgerufen. „Wenn wir alle unsere Pflicht tun, wird es bald besser werden in unsern Landen."

Oberschlesische Fragen.

Die Autonomievorlage im Reichstag. — Der Abstimmungstermin. — Unabhängig von Genf. — Der französische Gesandte aus Warschau und Paris.

Berlin, 10. November. (Eigene Meldung.) In der oberschlesischen Frage ist heute zu melden, daß das Autonomiegesetz am kommenden Mittwoch den Reichsrat verlassen soll. Nach Mitteilungen im Aeltesten-Ausschuß soll die Autonomievorlage noch in diesem Monat auf die Tagesordnung im Reichstag gestellt werden. In der Frage des Termins der Volksabstimmung gewinnt nach Informationen an amtlicher Stelle tatsächlich der Eindruck Wahrscheinlichkeit, daß in Paris mit allen Mitteln eine Vertagung der oberschlesischen Abstimmung im Sinne der polnischen Wünsche angestrebt wird.

Genf, 10. November. (Eigene Meldung) Der „Matin" und das „Journal" melden gestern früh, an amtlicher französischer Stelle sei nichts davon bekannt, daß die Konferenz in Genf bis nach der Volksabstimmung in Oberschlesien verschoben werden sollte.

Zürich, 10. November. (Eigene Meldung.) Die „Neue Züricher Zeitung" meldet aus Paris: Der französische Gesandte in Warschau trifft übermorgen in Paris ein. Seine Reise steht angeblich in Zusammenhang mit der oberschlesischen Frage und mit Beratungen in der Botschafterkonferenz.

Die Bolschewisten ohne Reisepaß.

Berlin, 10. November. (Eigene Meldung.) Die russischen Gewerkschaftsdelegierten, die der Tagung der Kommunisten ohne Einreiseerlaubnis beiwohnten, haben heute Berlin verlassen. Hunderte von begeisterten Kommunisten wohnten ihrer Abreise im Stettiner Bahnhof bei. Irgend eine behördliche Stelle, die die Russen festgenommen hätte, zeigte sich nirgends. Die Russen haben in Berlin mehrfach an den Sitzungen teilgenommen.

Die Entente kontrolliert unsere Steuern.

Berlin, 10. November. (Eigene Meldung.) Die Entente-Kontroll-Kommission hat einen neuen Schritt bei der Reichsregierung unternommen, der das schätzungsweise Ergebnis der neuen Reichssteuern und des Reichsnotopfers zur Kenntnisnahme der Entente zu bringen wünscht.

Deutschland unter Vormundschaft?

Wie heute gemeldet wird, hat die Entente von der deutschen Regierung die Mitteilung des schätzungsweisen Wertes der neuen deutschen Steuern und der Reichsnothilfe verlangt. Es ist begreiflich, daß man sich in Ententekreisen vor dem Zusammentritt der Genfer Konferenz gerne informieren möchte über die regulären und irregulären deutschen Einnahmen. Beide Kapitel sind nichts weniger als schön. Anstatt das Reichsnotopfer so schnell wie möglich zu erheben, hat man den Schiebern und ähnlichen dunklen Ehrenmännern reichlich Zeit gelassen, um das in Berlin W. W. geprägte Wort: „Geld allein macht nicht glücklich — man muß es auch in der Schweiz haben!" in dieser oder jener Form in die Praxis zu übersetzen, da der Ausspruch ja keineswegs wörtlich zu nehmen ist. Noch übler ist es mit den direkten regulären Steuern bestellt, die in der am wenigsten fühlbaren und daher erträglichsten Form des 10prozentigen Lohnabzuges erhoben werden sollten. Aber sofort rebellierte die Arbeiterschaft dagegen — und auch dieser schöne Plan war ins Wasser gefallen.

Der Arbeiter-„Proletarier" aber sinnt Tag und Nacht darüber nach, wie er seine Einkünfte weiter verwehren kann. Der wirkliche Proletarier ist er längst nicht mehr; der ist unter den erheblich schlechter bezahlten geistigen Arbeitern in der Beamtenschaft des Staates sowohl wie der Kommune zu finden, wie dies schon wiederholt an dieser Stelle hervorgehoben worden ist. Es schwirren Gerüchte von einem Generalstreik in der Luft, der natürlich das Törichtste bedeuten würde, was uns zur Zeit zustoßen könnte. Wir hoffen bestimmt auch, daß sich die christlichen Gewerkschaften nicht allein nicht in einen solchen hetzen lassen, sondern auch alles tun, um ihre vernünftigen Kollegen auf der mehrheitssozialistischen Seite in diesem Sinne zu beeinflussen. Ganz besonders müssen sich alle Arbeiter dabei vor Augen halten, daß es sich keineswegs um eine Lohnbewegung dabei handelt, sondern um rein politische Dinge, die uns dem Anschlusse an die Sowjetrepublik näher bringen sollen.

Lohnerhöhungen nützen ja auch den Arbeitern nicht das mindeste, da die Leute, die die notwendigsten Nahrungsmittel und ähnliche lebensnotwendigen Dinge in Händen haben, gelegentlich gewaltige Gelegenheiten stets dazu ausnützen, um die Preise in die Höhe zu setzen, da der „Arbeiter ja wieder mehr zahlen kann". Selbstverständlich ist die absolute Unfähigkeit unserer Behörden, diesem grundlegenden Uebel einen Riegel vorzuschieben, auch der Entente und ihren Ueberwachungsbehörden nicht unbekannt geblieben und da ihnen der unglückselige Versailler Friedensvertrag alle nur irgend erdenklichen Kontrollmaßnahmen gestattet, so ist es gar nicht zu verwundern, wenn sie sich einmal etwas genauer mit den deutschen Finanzen befaßt. Es mag sein, daß in diesem Falle das Bevorstehen der Genfer Konferenz dazu Veranlassung gab, da in ihr endlich die Höhe der Kriegsentschädigungskosten festgestellt werden soll. Bald hieß es in Verbindung mit dieser Meldung, die oberschlesische Abstimmung solle vor der Genfer Konferenz stattfinden, bald wurde das Gegenteil behauptet. Logisch wäre es allerdings, wenn das Schicksal Oberschlesiens vorher entschieden würde, denn sonst steht jede deutsche Kalkulation auf äußerst schwankenden Füßen. Ohne den Besitz Oberschlesiens würde Deutschland überhaupt kaum imstande sein, auch nur einen Groschen an die Ententemächte zu zahlen, wie ja auch jetzt schon durch die unsinnig hohen Besatzungskosten weitere Entschädigungen neben ihnen kaum aufzubringen sind.

Es ist aber gar nicht ausgeschlossen, daß man den Ertrag des Reichsnotopfers uns kurzerhand wegnimmt unter irgend einem Vorwande, den die Entente aus dem Versailler Friedensvertrage herleitet oder mit den ewigen Streikdrohungen der deutschen Arbeiter begründet. Da es eine Appellation gegen die Beschlüsse der Entente für uns nicht gibt, so wird sich der vernünftige Politiker ihnen ohne weiteres fügen, da er weiß, daß Widerstand die Sachlage nur verschlimmert, während der „Teutsche", der alles vergessen und nichts hinzugelernt hat, es vorzieht mit der leeren Säbelscheide zu rasseln, obwohl er sich damit nur lächerlich macht. Wir leben jetzt in einer Zeit, in der nicht allein der Blick nach innen gerichtet sein muß, sondern auch unser ganzes Wesen. Mit der äußeren Politik haben wir seit Bismarcks Zeiten kein Glück mehr gehabt und in der Inneren sieht es, wie aus obengesagtem hervorgeht, auch nicht ermutigend aus.

Aber die innere Politik ist heute noch die einzige, in der wir uns nicht allein betätigen sollen, sondern auch aufs allereifrigste betätigen müssen, wenn wir aus dem unendlichen Sumpfe herauskommen wollen, in den wir von Tag zu Tag tiefer hineingeraten. Hier gilt es eifrigste Arbeit, vor allem muß der Arbeiter, gleichviel, ob er Kopf- oder Handarbeiter ist, zu der Einsicht gebracht werden, daß er sehr viel mithelfen kann und muß, wenn der Wiederaufbau gelingen soll. Billigere Preise, die man zu diesem Zwecke erreichen muß, lassen sich niemals durch Lohnerhöhungen erreichen, darüber muß man sich vor Allem klar sein. Dann gilt es, mit zäher und unermüdlicher Zusammenarbeit aller ehrlichen Elemente, endlich einmal einen ernstlichen Feldzug gegen die Schieber und Nahrungsmittelwucherer zu unternehmen, der nicht im Sande verläuft. Das wäre auch das beste und einzige Mittel, uns das Vertrauen der Entente zu erringen und das ist unbedingt notwendig, da ein Schuldner, der ein unsicherer Kantonist ist, selbstverständlich unter schärferer Aufsicht gehalten wird als ein vertrauenswürdiger Schuldner.

Frankreich bleibt 5 Jahre gerüstet.

Genf, 10. November. (Eigene Meld.) Der „Temps" bringt ein Interview mit Marschall Foch, indem sich der Marschall äußerte, daß Frankreich 5 Jahre lang gerüstet bleiben müsse, um sich gegen neue Ueberfälle zu sichern. Die militärischen Sicherungen verlangten auch die Bereitschaft für die Sicherung der Kohlenlieferungen aus dem Ruhrrevier.

London, 9. November. Die „Morning Post" meldet aus Washington, es könne als feststehend angesehen werden, daß die Vereinigten Staaten erst gar nicht mehr über den Beschluß diskutieren werden, das englisch-französisch-amerikanische Abkommen bezüglich der Hilfeleistung im Falle eines Angriffs auf Frankreich zu ratifizieren.

Millerand und der Vertrag von Versailles.

Genf, 10. November. (Eigene Meldung.) Das „Journal" meldet: Millerand wird am 11. November seine erste offizielle Kundgebung als Präsident halten. Er wird bei den Festlichkeiten des 11. November eine politische Rede halten, die das Recht Frankreichs auf die Durchführung des Versailler Vertrags, betonen und begründen soll. Die zweite Sitzung am 17. November wird der Wiederaufbaufrage gelten.

Herabsetzung der Besatzungstruppen?

Genf, 10. November. (Eigene Meldung.) Dem „Temps" zufolge steht in der Botschafterkonferenz am 13. November erneut die Frage einer Herabsetzung der Stärke des Besatzungsheeres in Deutschland zur Beratung. Die deutsche Regierung habe den alliierten Kabinetten am Montag neue Vorstellungen gegen die steigenden finanziellen Anforderungen des Besatzungsheeres überreichen lassen.

Die Freigabe der Dieselmotoren.

Genf, 10. November. (Eig. Meldung.) Havas meldet, daß die Aufhebung der Beschlagnahme der Dieselmotore in Deutschland bereits am Montag der deutschen Regierung mitgeteilt wurde. Die Aufhebung der Beschlagnahme sei ohne Vorbehalt ausgesprochen, beziehe sich jedoch nur auf die bereits in Gebrauch befindlichen Motoren der früheren Heeresmacht.

Paris, 9. November. In der Note der Entente an die deutsche Regierung, betreffend die Dieselmotoren, wird der Botschafterrat Garantie dafür verlangen, daß ungefähr 800 Tauchbootmotore, die angeblich noch nicht zu industriellen Zwecken umgebaut sind, ihren neuen Bestimmungen angepaßt werden sollen.

Brüsseler Konferenz am 17. November.

Berlin, 10. November. (Eig. Meldung.) Nach einer Meldung aus den Kreisen der französischen Botschaft wird die Sachverständigenkonferenz in Brüssel am 19. November zusammentreten.

Kommunisten-Ausweisung aus der Schweiz.

Basel, 10. November. (Eigene Meldung.) Laut den Blättern beginnt der schweizerische Bundesrat mit der Ausweisung aller in kommunistischem Sinne agitatorisch tätigen Ausländer aus der Schweiz. Bei Lörrach sind letzter Tage über 50 Deutsche per Schub aus der Schweiz eingetroffen.

Bürgerliche Wahlsiege in Italien.

Rom, 9. Nov. Die italienischen Gemeinde- und Provinzialwahlen haben den liberalen bürgerlichen Parteien einen großen Erfolg gebracht. In Neapel erlitten die Sozialisten eine schwere Niederlage. In Florenz kam es zu ernsten Zwischenfällen, zu denen die Sozialisten den Anlaß gaben. Bei den Wahlen zum Nationalrat in Mailand wurden 6 Bürgerliche und 2 Sozialisten gewählt, dagegen sitzen im Gemeinderate die Sozialisten in der Mehrheit. Bei den Gemeindewahlen erzielten die Sozialisten insgesamt 78 900 Stimmen, während der Regierungsblock nur 69 000 Stimmen auf sich vereinigte. Aus Freude über das Wahlergebnis verkündeten die Sozialisten gestern den Generalstreik und veranstalteten in der Stadt proletarische Kundgebungen. Diese Kundgebungen führten zu verschiedenen Zwischenfällen, bei denen unter anderem ein Redakteur des „Secolo" getötet wurde. Zum Bürgermeister von Mailand wurde ein Mitglied der kommunistischen Fraktion, Dr. Filitelli ernannt.

Blutiger Sonntag in Irland.

Rotterdam, 10. November. (Eig. Meld.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Nach einem Bericht der „Times" ist in Irland noch keine Beruhigung eingetreten. Im Gegenteil mehren sich die Attentate in erschreckender Weise. Die Angriffe gegen Militär und Polizei häufen sich. Am letzten Sonntag waren nicht weniger als 21 Todesopfer zu verzeichnen.

Weiß und Gelb in Kalifornien.

Rotterdam, 10. November. (Eig. Meldung.) Die „Times" melden aus Newyork: Der japanische Botschafter überreichte am Sonntag eine neue Note, die einen zweiten formellen Protest Japans gegen die fremdenfeindlichen Anordnungen im Staate Kalifornien enthält.

Amerikas Seerüstung.

Genf, 10. November. (Eig. Meldung.) Der „Herald" meldet aus Newyork: Das amerikanische Heeres- und Flottenbudget für 1921 enthält die Neuanforderungen für 6 Großkampfschiffe.

Liberale Gemeindewahlen in England.

Rotterdam, 10. November. (Eig. Meld.) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Die Gemeindewahlen in England am 7. November ergaben sehr bedeutende Fortschritte der Asquith-Liberalen auf Kosten der Regierungskoalition. In London gewannen die oppositionellen Liberalen ihre alten Sitze wieder, ebenso in Manchester und fast allen größeren Industriegemeinden.

Die Revolutionsfeier — ohne Störungen.

In Berlin.

Berlin, 10. November. (Eig. Meldung.) Der gestrige Gedenktag der Revolution ist in Berlin fast sozialisten waren in Massen in den Versammlungen erschienen. Zum Teil kam es auch zu Massenaufzügen ohne Zusammenstöße verlaufen. Die Mehrheitssozialisten waren in Massen in den Versammlungen erschienen. Zum Teil kam es auch zu Massenaufzügen der Arbeiterschaft, besonders nach den Versammlungslokalen des Nordens und des Ostens. Man wollte dem Berliner Bürgertum wieder einmal geschlossene Arbeitermassen in den Straßen zeigen, wollte mit roten Fahnen prunken, um dann mit großem Pathos in den Versammlungen zu verkünden: „Wir sind die Masse! Die Polizei hatte keine Veranlassung, einzuschreiten. Die große Masse der Arbeiter blieb der Straße fern und die Säle füllten sich nur langsam und hatten an Ueberfüllung nicht zu leiden. Auf der Straße sah man im allgemeinen nur kleinere Gruppen, die die roten Fahnen zu den Lokalen geleiteten. Erhebende Feiern waren diese Revolutionsfeiern sicher nicht. Es war nirgends auch nur der Hauch eines großen Gedankens, der allem gemeinsam gewesen wäre. Große Teile der Arbeiterschaft, besonders die Kommunisten, blieben deshalb auch den Versammlungen fern. Die Mehrzahl der Teilnehmer zeigte nur geringe Spuren von Begeisterung.

Berlin, 10. November. Da der 9. November nicht von den Behörden als offizieller Feiertag anerkannt worden ist, soll, wie der „Kreuzzeitung" mitgeteilt wird, gegen Beamte, die an diesem Tage nicht zum Dienst erschienen sind, das Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Städtische Arbeiter, die an diesem Tage nicht an ihren Plätzen erschienen sind, erhalten keinen Lohn für diesen Tag.

Im Ruhrrevier.

Berlin, 10. November. (Eigene Meldung.) Nach Meldungen aus dem Reich hat die Arbeiterschaft in den großen Industriestädten des Westens nur in bescheidenem Maße an den gestrigen Revolutionsfeiern teilgenommen. Auch die Bergarbeiter des Ruhrreviers sind entgegen den kommunistischen Aufforderungen fast vollzählig zu der gestrigen Schicht eingefahren.

Im Rheinland.

Cöln, 10. November. (Eigene Meldung.) Im besetzten Gebiet ist der gestrige Tag ohne Störungen vorübergegangen. Die einberufenen Versammlungen waren nicht übermäßig groß. In Cöln fanden 13, in Aachen nur 7 Versammlungen der Mehrheitssozialisten statt. In früher Morgenstunde hatten Truppen des Besatzungsheeres einen Teil der öffentlichen Gebäude besetzt.

In Hamburg.

Hamburg, 10. November. (Eig. Meld.) Der gestrige Revolutionstag ist in Hamburg völlig ruhig verlaufen. Die Mehrheitssozialisten und der rechte Flügel der Unabhängigen haben 114 Versammlungen in den verschiedenen Stadtgegenden einberufen. Es wurden Resolutionen angenommen, die sich aber nicht für ein Zusammengehen mit den russischen Bolschewisten aussprechen. Auch in Groß-Hamburg hatten die Kommunisten und der linke Flügel der Unabhängigen sich von den Versammlungen ferngehalten. In St. Pauli kam es am abend zu einigen Ausschreitungen des Janhagels, die jedoch von der Sicherheitswehr ohne Schwierigkeiten unterdrückt wurden.

In Bayern.

München, 10. November. (Eig. Meld.) Völlig eindrucksos war die Feier des Revolutionstages in Süddeutschland. In München und im übrigen Bayern verbot das Ministerium Kahr kurzerhand alle anberaumten Umzüge, sodaß es bei einer Anzahl von Versammlungen blieb. In München, Nürnberg und Augsburg wurde bis zu Mittag, wie an allen Tagen gearbeitet.

Der Berliner Metallarbeiterkonflikt beigelegt?

Berlin, 10. November. (Eigene Meldung.) Der Berliner Metallarbeiterkonflikt hat eine weitere Ausdehnung nicht erfahren. Die Industriellen haben ihre Aussperrungen noch nicht zurückgenommen. Morgen sollen entscheidende Einigungsberatungen beginnen. In einer Sitzung der revolutionären Obleute in den Pharussälen im Norden Berlins ist die neue Streikbewegung infolge der ablehnenden Haltung der mehrheitssozialistischen Gewerkschaften als gescheitert bezeichnet worden. Es hagelte nur so von Verwünschungen gegen die führenden Gewerkschaftler Ebert, Scheidemann, Müller und Bauer.

Keine Einigung in Berlin.

Berlin, 10. November. (Eigene Meld.) Wie wir hören, haben die Verhandlungen der Streikleitung der Elektrizitätsarbeiter mit den Gesamtbetriebsräten und dem Magistrat nicht zu einer Einigung geführt. Die Besprechungen sind abgebrochen. In den Kraftwerken werden die Arbeiten für den Notbetrieb weitergeführt, jedoch äußerst mangelhaft und mit absichtlicher Sabotierung.

Berlin ohne Licht.

Berlin, 10. November. (Eigene Meldung.) Der Lichtstreik in Berlin dauert heute unverändert an. In der letzten Nacht lag wieder der größte Teil der Reichshauptstadt in völligem Dunkel. Die Zeitungen erscheinen heute früh nicht.

Berlin, 9. Nov. Die Verhandlungen zwischen der Direktion des städtischen Elektrizitätswerkes und der Streikleitung sowie den Organisationsvertretern sind heut abend abgebrochen worden und sollen morgen vormittag um 10 Uhr fortgesetzt werden. Die Lage ist demnach unverändert.

Wrangel entkommt.

London, 8. November. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß es General Wrangel gelang, sich trotz der fünffachen Uebermacht der Roten Truppen mit seiner Armee ohne schwere Verluste an Mannschaften und Material aus den Umklammerungsversuchen herauszuziehen.

General Wrangel greift wieder an. Eine russische Agentur meldet: Die Angriffe der Roten Truppen in der Gegend von Nowo-Alexandrowsk und Saiwasch sind abgehalten worden. Die Truppen des Generals Wrangel weichen keinen Schritt mehr zurück. Im Abschnitt von Perkow sind die Roten Truppen nach Nordosten ausgewichen, da sie den Gegenangriffen der Truppen des Generals Wrangel nicht standhalten konnten. Abteilungen, die mit General Wrangel gemeinsame Sache machen, griffen die Roten Truppen bei Alexij an und schlugen eine Infanteriebrigade.

Wrangel hat die Angriffe der Bolschewisten gegen die Landenge von Tschongar und gegen Perekop abgeschlagen, das nicht genommen wurde. Die Bolschewisten haben an der ganzen Front den Angriff mit überlegenen Kräften aufgenommen.

Solange Vorrat reicht!

Abfall-Tabak

gut im Geschmack,

½ Pfund 6,00 Mark

zu haben bei

Benno Weiß, Miechowitz.

Oberschlesische Politik.

Wie wir der „Voss. Ztg." entnehmen, hat der bekannte Münchener Professor Wilh. Foerster, dessen politischen Gedankengänge wir übrigens keineswegs allewege vorbehaltlos mitmachen, eine Zuschrift aus Oberschlesien erhalten, in der folgende Vorschläge für eine oberschlesische Politik gemacht werden.

Aufnahme persönlicher Beziehungen zu den Führern der Selbständigkeitsbewegung und der polnischen Parteien. Entgegenkommen gegen berechtigte polnische Wünsche, auch wenn sie den Deutschen unbequem sind. Die Gewährung der Autonomie ohne Hintergedanken und Klausel ist vielleicht dazu angetan, das Mißtrauen der Polen einigermaßen zu beseitigen. Polnisch gesinnte Leute sollen von deutscher Seite in einflußreiche politische Stellungen gerufen werden. Es wäre gut, wenn sich die Berliner Regierung auch dazu verstünde, einen polnischen Vertrauensmann anzuhören.

Dazu bemerkt Prof. Foerster: „Wir müssen uns daran gewöhnen, die Politik eines besiegten Volkes zu machen. Diese Einsicht fehlt in den allermeisten deutschen Kundgebungen zur Wahrung vaterländischer Interessen so vollständig, daß man glauben könnte 50 Jahre „Realpolitik" hätten den politischen Verstand weitester Kreise völlig ruiniert. Es werden Proteste in einer Tonart in die Welt hinausgerufen, daß man die Betreffenden immer wieder fragen möchte: „Zu wem redet Ihr eigentlich, auf wen wollt Ihr wirken, wen wollt Ihr schrecken, wen wollt Ihr überzeugen?" Der Rektor der Universität Breslau erläßt eine Erklärung, in der er an die große Rolle erinnert, die Schlesien einst beim Kampf gegen den französischen Eroberer gespielt hat. Glaubt man, mit diesem Argument vielleicht in Paris und bei den Polen besonderen Eindruck zu machen? Man könnte doch wahrlich würdig das Seine sagen und doch sehr wohl Argumente in den Vordergrund bringen, die die ruhigeren und weiterblickenden französischen und polnischen Kreise nachdenklich machen würden. Das oberschlesische Problem ist kein bloß deutsch-polnisches Problem, sondern eine Aufgabe der Völkergemeinschaft, und nur in dem Maße als wir der übrigen Kulturwelt überzeugend beweisen, daß wir diese Aufgabe als solche erfassen und bereit sind, auf jenem heißen Boden europäisch zu denken und zu handeln, statt nur unseren nationalen Besitzstand im Auge zu haben — nur so bleibt noch die Hoffnung, Europa für eine Lösung zu gewinnen, bei der Oberschlesien mit unserem Vaterlande verbunden bleibt.

Pfarrer Rassek über Oberschlesien.

Die polnische „Oberschlesische Post" hatte behauptet daß Pfarrer Rassek aus Tarnowitz den Gedanken, daß der Anschluß Oberschlesiens an Deutschland ein Unglück für Deutschland wäre, in Gesellschaft des englischen Kreiskontrolleurs geäußert habe. Nach seiner Meinung sei ein heißer Kampf zwischen den Nationalgesinnten und den Radikalen (Kommunisten) in Deutschland auszufechten. Würde Oberschlesien mit seinen Arbeitermassen Deutschland zufallen, so würde das ganze oberschlesische Polentum in das radikale Lager abschwenken, da es zu den bisherigen Führern, von denen viele Oberschlesien verlassen würden, das Vertrauen verlieren würde. Fiele dagegen Oberschlesien zu Polen, so würde es die dortigen wenigen radikalen Elemente nicht erheblich vermehren, da Polen ein Agrarstat sei und sehr leicht mit den wenigen Kommunistennestern fertig werde.

Hierzu schreibt Pfarrer Rassek:

„Ich erwidere grundsätzlich nicht auf Angriffe gegnerischer Zeitungen, da dabei nichts herauskommt und ich auf dem Standpunkt des großen Preußenkönigs stehe: „Gazetten sollen nicht genieret werden". Solche Angriffe polnischer Zeitungen reichen auch nicht an meine Fußspitze. Wer meine politische Vergangenheit und Anschauungen kennt, weiß, daß die Ausführungen in der „Oberschlesischen Post" vom 31. Oktober d. J. von Anfang bis zu Ende erfunden sind, was ja der als Zeuge angeführte englische Herr Kreiskontrolleur am besten dartun könnte. Ich gehöre der deutschnationalen Partei an und bin als Mitglied derselben nicht nur für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland, sondern für den engsten Zusammenschluß Oberschlesiens an Preußen, da die erweiterte Provinzautonomie der Eigenart Obreschlesiens und seiner Bewohner vollkommen Rechnung trägt. Ich habe dies auch auf dem Parteitag der deutschnationalen Partei in Hannover vollkommen zum Ausdruck gebracht."

Lokales.

Miechowitz und Umgegend.

(Die deutschen Silbermünzen.) Das Reichs-Wirtschaftsministerium erinnert daran, daß die deutschen Silbermünzen nur bis zum 1. Januar 1921 bei den Reichs- und Landeskassen in Zahlung genommen werden.

Ein neuer 1-Mark-Schein. In den nächsten Tagen kommt ein neuer Darlehnskassenschein im Werte von einer Mark in den Verkehr. Der neue Schein unterscheidet sich vom alten durch die Größe und auch durch die Farbe. Er ist einige Millimeter kürzer als der jetzt im Kurse befindliche Schein, hat aber die gleiche Höhe. Die Grundfarbe der Vorderseite ist ein gelbliches Grün. Das Mittelstück zeigt die Wertangabe 1 Mark. Darüber in gerade Schrift „Darlehnskassenschein Eine Mark" und ganz oben im Feld in roten Ziffern die Kontrollnummer. Von gleicher Farbe ist links der Stempel der Reichsschuldenverwaltung mit dem neuen deutschen Adler und rechts der gleiche Stempel in farbloser Prägung. Die Rückseite ist bläulich-grün und zeigt wieder im Mittelstück eine 1. rechts und links in den Ecken die Bezeichnung Eine Mark und noch einmal in schwarzen Feldern der Zeichnung die Wertangabe. In der Stärke des Papiers unterscheidet sich der alte Schein wenig von dem neuen.

Solange Vorrat reicht!

Abfall-Tabak

gut im Geschmack,

½ Pfund 6,00 Mark

zu haben bei

Benno Weiß, Miechowitz.

(Kirchliche Personalien.) Ernennungen: Pfarrer Karl Milz in Berlin-Wilmersdorf wurde zum Erzpriester des Archipresbyterats Charlottenburg und Pfarrer und em. Fb. Kommissarius Paul Pittach in Körnitz zum Erzpriester des Archipresbyterats Klein-Strehlitz ernannt. — Versetzungen und Anstellungen: Pfarrer und Erzpriester Hugo Plegsa in Ornontowitz als Pfarradministrator in Kujau; P. Ernst Möhlis in Heiligkreuz als Hilfsgeistlicher in Cammin; Administrator in spir. Melz in Alt-Cosel als Pfarradministrator daselbst; Neupriester Helmut Fahsel in Berlin als Kaplan bei St. Klara in Neukölln; Pfarradministrator Karl Reymann in Altaltmannsdorf als Kaplan und Administrator in Kreuzburg; Kaplan Peter Siemes in Berlin als Pfarrer bei St. Petrus daselbst; Kuratus Alfons Goldmann sp.r. in Gramschütz; Kuratieadministrator Theophil Ploitnik in Oppeln als Kuratus daselbst; Kaplan Alois Stanossek z. Zt. in Podland, als Pfarrer in Zehdenik; Kreisvikar Amand Kliegel in Frankenstein als Lokalist mit Titel Kuratus in Kottwitz bei Breslau.

(Vereinbarung.) In Verhandlungen mit den Angestelltenorganisationen und der Vereinigung der weiterverarbeitenden Metallindustrie Oberschlesiens ist, wie der Dammert-Dienst meldet, folgende Vereinbarung getroffen worden: Durch Feststellung des Unterschiedes zwischen den heutigen Gehältern der Angestellten der Metallindustrie und denen der Schwerindustrie bei 10 der größten Firmen der oberschlesischen Metallindustrie soll der entsprechende durchschnittliche prozentuale Unterschied bis Dienstag, den 9. d. Mts. durch Direktion und Angestelltenrat ermittelt werden. In einer neuen Verhandlung am Donnerstag, den 11. d. Mts. wird dann die Vereinbarung zum Abschluß gelangen, um wieviel Prozent sich die Gehälter der Angestellten in der Metallindustrie ab 1. Oktober 1920 erhöhen müssen, um so eine tatsächliche und die von den Angestellten der Metallindustrie seit langem erstrebte Gehaltsgleichstellung mit den Angestellten der Schwerindustrie erreicht wird.

(Einschränkung der Kinderspeisung.) Die Kinderhilfsmission der religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) und die amerikanische Kinderhilfskommission, die bisher gemeinsam in hochherziger Weise für Oberschlesien Lebensmittel zur Verfügung gestellt haben, aus denen täglich 40 000 Kinder und werdende und stillende Mütter gespeist werden konnten, haben sich leider, um auch anderen sich in noch größerer Not als Oberschlesien befindlichen Gegenden Europas Hilfe angedeihen lassen zu können, genötigt gesehen, künftig vorläufig nur noch Lebensmittel zur Speisung von täglich 20 000 Kindern zur Verfügung zu stellen. Die Speisungen werden daher bis auf weiteres auf den engeren Industriebezirk und in ihm auf eine geringere Anzahl von Kindern und Frauen beschränkt werden müssen, als bisher berücksichtigt werden konnten. So bedauerlich auch diese Beschränkung sein mag, so muß doch auch die noch verbleibende Hilfeleistung den allerherzlichsten Dank auslösen. Auch jetzt noch werden durch die reichlichere Nahrung viele tausende von unterernährten Frauen und Kindern gekräftigt.

(Betrifft Wandergewerbe.) Diejenigen Personen des Amtsbezirks Miechowitz, welche das Wandergewerbe im Jahre 1921 neu beginnen oder weiter betreiben wollen, werden hiermit aufgefordert, ihre dahingehenden Anträge baldigst auf dem Amt in Miechowitz — Zimmer 16-17 — zu stellen unter Vorlage eines unaufgezogenen Lichtbildes und des etwa früheren Wandergewerbescheines.

(Krankenmehl.) Auf die gelben Brotmarken der ersten und der zweiten Woche, d. i. vom 25. bis 31. Oktober und 1. bis 7. November d. Js. gelangt Krankenmehl und Weizenmehl und zwar je zur Hälfte zur Ausgabe. Krankenmehl je Pfund 85 Pfg., Weizenmehl je Pfund 80 Pfg.

(Um Herabsetzung der Fleisch- und Lebensmittelpreise.) Die Belegschaft der Preußengrube bei Miechowitz ist am Montag erst um 8 Uhr eingefahren. Nach langen Erörterungen wurde eine Abordnung am Dienstag zum Herrn Landrat und dem Herrn Kreiskontrolleur sowie nach Kattowitz geschickt. Dieselbe hatte die Forderung der Arbeiter zu überbringen, daß behördlicherseits energisch gegen die sehr hohen Fleisch- und Lebensmittelpreise eingeschritten werden solle, da die vorgeschriebenen Höchstpreise beim Verkauf nicht im geringsten innegehalten werden.

(Aus der Wohnung gelockt und dann überfallen.) Die in Miechowitz, Hindenburgstraße 87 wohnhafte Hebamme Kramarczyk wurde in der Nacht vom Sonntag zu Montag unter dem Vorwande aus ihrer Wohnung gelockt, sie solle bei einer Geburt Hilfe leisten. Als sie an der bezeichneten Stelle angelangt war, wurde sie von mehreren Banditen überfallen, geknebelt und schwer mißhandelt. Unterdessen hatten die Helfershelfer der rohen Burschen mehrere Kleidungsstücke und einen größeren Geldbetrag geraubt. Nachdem sie die geraubten Sachen der Frau noch gezeigt hatten, wurde letztere wieder freigelassen.

(Wer ist der ehrliche Finder?) Ein Hund (Dobbermann) mit einem weißen Streifen an der Brust und stark kopierten Schwanz ist als entlaufen angemeldet worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, den

Solange Vorrat reicht!

Abfall-Tabak

gut im Geschmack,

½ Pfund 6,00 Mark

zu haben bei

Benno Weiß, Miechowitz.

Hund im Polizeigebäude Miechowitz, Schloßstraße 3, Zimmer 15, abzugeben.

(Wem gehört der Sportwagen?) Ein Kindersportwagen ist als gefunden angemeldet worden. Eigentumsansprüche sind im Polizeigebäude Miechowitz, Schloßstraße 3, Zimmer 15, geltend zu machen.

(Schäferhund zugelaufen.) Ein Schäferhund ist als zugelaufen angemeldet worden. Eigentumsansprüche sind im Polizeigebäude, Schloßstraße 3, Zimmer 15, geltend zu machen.

(Ueberfall in Karf.) Als am Sonntag, abends 11 Uhr der Büroangestellte Sächser aus Karf, mit der Hauptbahn aus Beuthen gekommen, sich zu Fuß vom Bahnhof Karf auf dem Heimwege befand, wurde er unter der Bahnüberführung von fünf Personen, die ihm scheinbar aufgelauert hatten, mit dem Rufe: „Haben wir dich endlich, du verfl. Heimattreuer? Jetzt mußt du dran glauben" überfallen, zu Boden geworfen, in der rohesten Weise mit Stockhieben und Fußtritten traktiert und bis zur Bewußtlosigkeit mißhandelt. Als er wieder zu sich gekommen war, wollten ihn die Unmenschen schändlicherweise verstümmeln. Glücklicherweise gelang es dem aus mehreren Wunden Blutenden, sich unter Zurücklassen von Kleidungsstücken aus den Händen der Unholde loszureißen und durch Davonlaufen zu retten. Die Horde verfolgte ihn bis an seine Wohnung.

(Zum 200 000 Mark-Diebstahl) auf der Emmagrube teilt uns der Paritätische Arbeits-Nachweis für den Kreis Rybnik mit, daß der als Täter in Frage kommende Franz Adam vom Arbeitsnachweis an die Emmagrube weder vermittelt noch als Kriegsverletzter bezeichnet worden ist, daß er keinen Arbeitsnachweis von der hiesigen Arbeitsnachweisstelle erhalten hat, ein Franz Adam sich weder in diesem noch im vorigen Jahre beim Rybniker Arbeitsnachweis gemeldet hat. — Es scheint also, als ob Adam sich bei der Emmagrube auch noch mit gefälschten Empfehlungen eingeführt hat.

Bismarckhütte, 10. Novembr. (Von Banditen angeschossen.) Am 5. November, abends gegen ½11 Uhr ging der Grubenarbeiter Paul Schyma, Bismarckhütte, Barbarastraße 10 wohnhaft, von Zalenze nach seiner Wohnung, als ihm hinter der Kleophasgrube, in Höhe des Bohrloches 1 drei Männer mit dem Ruf „Hände hoch" entgegentraten. Einer der Kerle hielt ihm einen Revolver auf die Brust, der Arbeiter schlug ihm jedoch mit seinem Spazierstock auf den Kopf. In demselben Augenblick schoß der Bandit, die Kugel traf den Schyma in den Bauch und trat am Rücken wieder heraus. Er konnte trotz der schweren Verwundung fliehen und sprang den Abhang des Bohrloches herunter. Dorthin folgten ihm die Banditen nicht. Schyma schleppte sich dann bis zum Steinbrecher, wo ihm von den Maschinisten die erste Hilfe zuteil wurde. Schyma wurde nach dem Knappschaftslazarett Neuheiduk gebracht. Eine genaue Personalbeschreibung der Täter konnte der Verletzte nicht geben doch ist der Hauptangreifer etwa 1,70 Meter groß und trug eine Jockeymütze. Die beiden anderen Männer waren kleiner. Nach Angabe des Schyma entfernten sich die Burschen, als sie von ihm abließen, in der Richtung auf Bismarckhütte. Am gleichen Abend ist übrigens auch der Schlosser Paul Konietzny auf seinem Heimweg von drei Kerlen angehalten worden, jedenfalls von denselben Banditen, die den Schyma überfielen, doch konnte er entkommen, trotz der Schüsse, die auf ihn abgefeuert wurden. Den Tätern ist man auf der Spur.

Beuthen und Umgegend.

(Französischer Nationalfeiertag.) Das französische Militär feierte am Dienstag ihren Nationalfeiertag der Errichtung der dritten Republik Frankreichs durch einen Kirchgang in der St. Marienkirche, an dem die katholischen Mannschaften und sämtliche Offiziere katholischen Glaubens teilnahmen. In der Kirche war die Kanzel, die Seiten des Hochaltars und der Hochaltar über dem Tabernakel mit den französischen Trikoloren geschmückt. Der französische Militärseelsorger aus Kattowitz kam zu dem Zwecke nach Beuthen, hielt die Predigt und zelebrierte das hl. Meßopfer. Die Mannschaften sangen während des Gottesdienstes. Nach dem Gottesdienst hatten die Mannschaften einen freien Tag.

(Neues Patent.) Dem Schlosser Wilhelm Otremba von hier ist unter Nr. O. 11 297 eine selbsttätige Feststellvorrichtung für Schiebefenster von Eisenbahnwagen und dergl. eingetragen worden.

(Stadttheater.) Freitag, den 12. November gelangt das reizende Lustspiel „Der Filmschauspieler als Einbrecher" von Robert Kurpiun zur Aufführung. Spielleitung: Siegfried Bruck. Musikalische Leitung: Kapellmeister Kannewischer. In Vorbereitung: „Der letzte Walzer", Operette in 3 Akten von Julius Brammer und Alfred Grünwald. Musik von Oscar Strauß. „Maria Stuart", Trauerspiel von Friedrich von Schiller.

(Raffinierter Schaufenstereinbruch.) In der letzten Nacht brachen Diebe ein ziemlich kleines Loch in das Schaufenster des Herrenkonfektionsgeschäft Rosendahl, Ring 23, und zogen durch dieses Loch alles, was eben zu erreichen war, hinaus. Auf diese Weise wurde fast das ganze Schaufenster ausgeplündert.

(Polizeinachrichten.) In dem Warenhaus beim Kaufmann Resteberger am Bahnhof, wo die Einbrecher vom Boden aus in den im 1. Stock befindlichen Geschäftsraum eingebrochen sind, haben diese Seidenwaren im Werte von 60—70 000 Mark gestohlen. — Aus dem Hausflur der Oberrealschule wurden zwei Ueberzieher, aus einer Schule 4 Handtücher und 2 Fenstervorhänge, aus einem Schaufenster mittels Einbruchs Büchsenmilch, Sporthemden, ein dunkelgestreiftes Oberhemd, Sporthemden und buntseidene Selbstbinder, ein Fahrrad, „Greif" aus einem Flur auf der Bahnhofstraße entwendet.

(Hoteldiebstahl.) In der Nacht zum 9. November wurden im Hotel Niestroj aus einem Fremdenzimmer 21 Stück weiße Bett- und Kopfkissenbezüge und 19 Bettlacken gez. N. gestohlen. Die Wäsche war in einem Kleiderschrank untergebracht.

(Einbruchsdiebstahl.) Beim Apotheker Wolski auf der Schießhausstraße wurde durch den Keller in den Laden eingebrochen und verschiedene Apothekerwaren gestohlen. Ein Verzeichnis über die gestohlenen Waren wird später herausgegeben.

Tarnowitz und Umgegend.

(Deutsche Volkspartei.) Hierorts hat sich eine Deutsche Volkspartei konstituiert. Vorsitzender derselben ist Justizrat Milde.

(Mieterschutzverein.) Hierorts wird, nachdem sich vor einiger Zeit ein Haus- und Grundbesitzerverein gebildet hat, die Gründung eines Mieterschutzvereins angestrebt, zu welchem Zwecke am Sonntag im Volksheime eine Versammlung stattfindet, in der Justizrat Obersekretär Frenzel aus Beuthen einen Vortrag halten wird.

(Pestalozzi-Verein.) Der Pestalozzi-Zweigverein Tarnowitz, der alle Ortschaften des Kreises umfaßt, hat in seiner letzten Hauptversammlung beschlossen, 33 Witwen und Kinder, sowie drei Ganzwaisen mit Unterstützung zu bedenken.

(Schwesterstationen des Roten Kreuzes.) Seitens des deutschen Roten Kreuzes wird in einigen Ortschaften des Kreises Tarnowitz die Gründung von Schwesterstationen geplant.

Alt-Chechlau, 10. November. (Turnfest.) Der deutsche Turnverein lud zur Feier des Wintervergnügens die Mitglieder des polnischen Turnvereins ein, die der Einladung recht zahlreich Folge leisteten. Das Fest wurde durch keinerlei Mißklänge gestört. Warum auch nicht, früher ging es ja immer in Eintracht her, ob polnisch ob deutsch, man fühlte sich als Oberschlesier und kannte den nationalen Gegensatz, wie er jetzt angefacht worden ist, nicht.

Allerlei vom Tage.

Postraub in Braunschweig.

Als am Dienstag abend von der Konsumanstalt in Vorwohle (Braunschweig) ein größerer Geldbetrag beim dortigen Postamt eingezahlt war und der Ueberbringer das Postgebäude verlassen hatte, drangen plötzlich etwa sieben maskierte Männer in den Dienstraum des Postamts ein, hielten der Schalterbeamtin einen Revolver vor und raubten die gesamte Kasse im Betrage von etwa 17 000 Mark. Vor dem Ueberfall hatten die Räuber sämtliche Telephonleitungen abgeschnitten.

Bauernnot im Reiche.

Ein Berliner Blatt hat einen Berichterstatter auf das flache Land entsandt, um den Meldungen nachzugehen, daß vielfach Dörfer und einsame Bauernhöfe wehrlos dem Treiben von Räuberbanden ausgesetzt seien. Das Ergebnis der Nachforschungen ist die Bestätigung der krassesten Schilderungen. Es handelt sich um ganze Banden, die sich auch durch Wachen nicht abschrecken lassen, sondern im Notfall von ihren Revolvern und Handgranaten Gebrauch machen. Sie öffnen die Ställe, holen Wagen, Pferd und Geschirr heraus, laden auf was nicht niet- und nagelfest ist, schleppen Kleinvieh herbei und fahren davon. Dieses Bandenunwesen hat sich zu einer ungeheuren Gefahr der deutschen Landwirtschaft entwickelt. Es gelingt nur in den seltensten Fällen der Banden habhaft zu werden, weil die Zahl der Landjäger viel zu schwach ist, um gegen die Räubertrupps etwas ausrichten zu können. Aeltere Landwirte sind bereits in größerer Zahl aus Furcht vor der ewigen Bedrohung in die Städte geflüchtet.

Fußbodeneinsturz.

Ein schweres Unglück ereignete sich am Sonntag im Rathause von Clermond-Ferrand (Frankreich). Zahlreiche Personen hatten sich eingefunden, um eine Ausstellung von Fahnen des 13. Korps zu besichtigen. Unter dem Gewicht der Menge brach der Fußboden zusammen und etwa 100 Personen stürzten in die Tiefe. Bislang wurden aus den Trümmern ein Toter und etwa 40 Schwerverletzte geborgen.

— Das Monument, das vor dem Pariser Rathaus für die Feierlichkeit am 11. November errichtet worden war, ist gestern plötzlich aus unbekannten Gründen eingestürzt. Es wurde glücklicherweise niemand verletzt.

Sil

macht die Wäsche frisch und duftig.

Bestes

Wasch- und Bleichmittel

Reinigt und bleicht ohne Reiben, nur durch einmaliges ¼-stündiges Kochen. Ein Paket kostet nur Mk. 2.— und reicht für

60 bis 70 Ltr. Lauge.

Ueberall käuflich

Henkel & Cie, Düsseldorf,

Fabrikanten von Henkels Bleich-Soda

Denkspruch.

Sorgen sind meist von der Nesseln Art:
Sie brennen, rührst du sie an zu zart!
Fasse sie an nur herzhaft,
So ist der Griff nicht schmerzhaft.

Ew. Geibel.

Japanische Straßentypen.

(Nachdruck verboten.)

So modern auch im Lande des Mikado die Einrichtungen und viele Formen der Lebensführung geworden sind, so hat sich doch vieles in dem äußeren Bilde der Straßen und Häuser, in seiner bunten östlichen Vielgestaltigkeit und Eigenartigkeit erhalten, so daß der Europäer selbst mitten in der Großstadt Tokio den Eindruck einer fremdartigen Kultur und Weltauffassung nie verliert. Die hastige Unrast unseres vielgeschäftigen Treibens fehlt; das beliebteste Verkehrsmittel ist selbst bei riesigen Entfernungen die von einem Kuli gezogene zweiräderige Jinrickscha, die dem ganzen Rhythmus des Straßenlebens eine gemütliche Langsamkeit verleiht. Zwar gibt es in Tokio und einigen anderen großen Städten elektrische Bahnen, ja auch eine Anzahl Droschken und einige Automobile, aber sie haben dem beschaulich stillen Volkscharakter der Japaner, der sich hauptsächlich auf der Straße auslebt, nichts von seiner Ruhe und Gelassenheit nehmen können. Die Straße wird zum Schauplatz des gesamten häuslichen Lebens; auf ihr entwickeln sich viele der intimeren Szenen, die bei uns zwischen die vier Wände verbannt sind. Daher sind auch die charakteristischen Typen, die der Straße ihre besondere Note verleihen, zahlreicher und eigenartiger als bei uns, wie ein Aufsatz von Dr. Fritz Wertheimer hübsch erläutert.

Die Straßenhändler stehen danach voran. Da ist zunächst der Mann mit den Bambuswaren, der seinen großen Karren mit Besen und Bürsten zieht und insbesondere sein Bambusgeflecht zum Sieben der Bohnen anpreist. Fast jede Straße hat ein, zwei oder drei solcher, die ihre Waren oder Tragkörbe je nach der Jahreszeit kunstvoll arrangiert haben und auch erfahren sind, in und stilvoll zu ordnen. Weniger poetisch ist das Gewerbe den Vasen eines Hauses selbst die Blumen kunstgerecht des Lampia, des Lampenverkäufers, der mit seinen nach europäischer Art konstruierten Lampen gute Geschäfte macht und die leichte, zerbrechliche japanische Ware verdrängt. Er geht mit der Zeit mit und bringt auch schon elektrische Glühbirnen aller Art, während sein Freund, der Mizunri oder Wasserverkäufer, seit dem Entstehen der Wasserleitungen von den Straßen so ziemlich verschwunden ist.

Im Sommer erscheint der Mushiya, der in kleinen Käfigen Grillen und Johanniskäferchen verkauft. Das Zirpen seiner Tierchen ist seine Reklame, denn man benutzt die Grillen als Wächter gegen Diebe, weil sie in der Nacht mit dem Singen aufhören, sobald sich jemand naht. Auch der Kinyoya, der die schönen Arten der japanischen Goldfische verkauft, kommt nur zur guten Jahreszeit. Im Winter aber, wenn es kalt wird, blüht das Geschäft des Odenya, der in seinem Kessel ein Gemisch von süßen Kartoffeln und Kognak, der aus Gemüse gebrannt ist, feilhält. Auch Verkäufer von Papierchen, die glückliche Träume bringen, und von besonderem Holz für das heilige Feuer preisen ihre Waren mit lautem Geschrei an.

Ein notwendiger Besucher, auf den der rauchende Japaner sehnsüchtig wartet, ist der Raoya, der Pfeifenreiniger. Die japanische Pfeife mit der Spitze und dem kirschkerngroßen Pfeifenkopf aus Metall verlangt des öfteren einen Ersatz des zwischen diesen beiden Teilen liegenden Bambusrohrs. Da kommt denn der Raoya mit seinem Wagen, auf dem er einen kleinen Dampfkessel installiert hat. Der Dampf treibt eine kleine Pfeife, deren schriller Ton schon von weitem den Pfeifenmann ankündigt. Er wechselt das Bambusrohr aus und reinigt im heißen Dampf Spitze und Pfeifenkopf vom Nikotin. Die ganze Prozedur kostet nur zwei Sen, da aber jede Pfeife mindestens einmal monatlich gereinigt werden muß, macht er doch gute Geschäfte. Denn jeder Japaner hat ja seine drei Pfeifen, die kürzere, wenn er ausgeht, und zwei längere in seinem Hause.

Noch wichtiger ist freilich der Kusuya, der Lumpensammler. Da es nämlich keine Kehrichtabfuhr gibt, so holt dieser Händler in seinem Riesenkorb alle die Abfälle, Zeitungen, Knochen, kurz all das, was man nicht mehr gebrauchen kann, und das er dennoch verwertet. Eine noch unappetitlichere Beschäftigung betreibt der Owai, der die Fäkaliengruben entleert und ihren Inhalt aufs Land schickt; er hat dies Recht vom Hausbesitzer gepachtet, dem er dafür am Ende des Jahres ein Geschenk bringt. Vor jedem Distriktsstandesamt sitzt ein Sholi und fertigt armen, schreibunkundigen Leuten für wenig Geld die notwendigen Urkunden aus.

Groß ist die Zahl der Nahrungsmittelhändler, die die Straßen durchziehen. Da kommt in aller Frühe die Nato-Nato-Frau. Sie verkauft eine Art japanischen Käses, den man gewinnt, indem man gekochte Bohnen im Keller faulen läßt und ihnen dann die scharfe Shoyu-Sauce beimengt. Zwischen fünf und sechs Uhr tritt sie schon an, weil der Käse frisch aus dem Keller kommen muß, um gut zu sein. Der Sakanaya verkauft dann des Morgens seinen Fisch, der in der japanischen Nahrung eine so große Rolle spielt, und gegen elf Uhr erscheint der Joya, der Gemüsehändler, und wandert von Haus zu Haus. An allen Straßenecken stehen die Kuchenhändler, um deren leckere Speisen sich die Jugend lüstern sammelt. Läßt dann noch der Zeitungsmann, der Shimbuya, seine Klingeln ertönen, oder eine Bande Straßengaukler zeigt bei Musik und Trommelschlag ihre Künste, dann zeigt sich das japanische Straßenleben von seiner bewegtesten und lustigsten Seite.

Konrad von Gesner. Konrad von Gesner (er selbst hatte seinen Namen latinisiert in Gesnerus), dessen 400. Geburtstag vor einiger Zeit gefeiert werden konnte, kann in gewisser Weise der Begründer der Naturwissenschaft genannt werden, denn ihm gebührt das Lob, der Erfinder jener botanischen Methode zu sein, die das Pflanzenreich nach dem Charakter des Samens und der Blume in Geschlechte und Klassen ordnet. Aber über die Grenze dieses doch jedenfalls nicht eng gezogenen Fachgebietes hinaus war er gleich jenem großen Schweizer des 18. Jahrhunderts, Albrecht von Haller, ein Polyhistor in dem ursprünglichsten Sinne dieser Bezeichnung. Denn auf dem Gebiete der klassischen Philologie sowie der Linguistik war er zu Hause und hat durch Herausgabe älterer Schriftwerke, durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Geschichte sich für seine Zeit ein unvergängliches Verdienst erworben, für das ihm auch die Gegenwart Anerkennung zollen muß. Bevor er sich in eine bescheidene Amtsstelle und dann nachher in die übliche Professoren- und Aerzte-Laufbahn seiner kleinen Heimat hatte hineinzwängen lassen, war er bestrebt gewesen, seinen geographischen Horizont soweit als möglich zu erweitern. Er studierte in Straßburg, Bourges, Paris und Venedig —

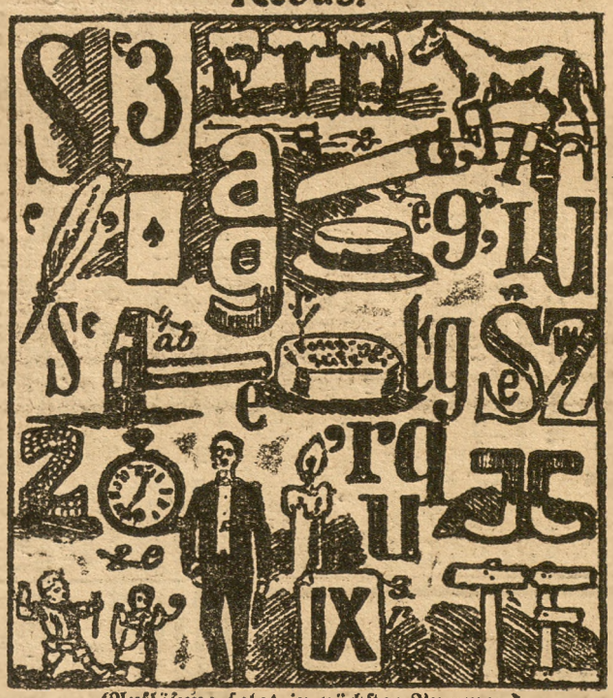
wahrlich für einen Zeitgenossen der Mailänder Kriege und der ersten Kämpfe der Reformation eine breite Grundlage für die Bekanntschaft mit fremden Ländern. Im Jahre 1564 wurde ihm, der sich als Begründer des Botanischen Gartens in Zürich, dann als Professor und Arzt große Verdienste in der Heimat erworben hatte, der Adel verliehen. Aber schon ein Jahr darauf, am 13. Dezember 1565, starb er an der Pest ... In einer Beziehung hat die Nachwelt an Konrad von Gesner ein Unrecht begangen. Man schrieb seinen Namen fast stets mit zwei „s" und beging dadurch einen Irrtum, denn Geßner mit zwei „ß" ist eine ganz andere, allerdings auch alte Züricher Familie, der der bekannte Zeitgenosse Goethes und Klopstocks, der Idyllendichter Salomon Geßner, entstammt, dem Gottfried Keller in einer seiner wundervollen Züricher Novellen ein unvergängliches Denkmal errichtet hat.

Rauchende Kinder.

Der Direktor einer Schule in Tillburg in den Niederlanden hat eine Enquete über den Rauchunfug bei Kindern veranstaltet. Er hat dabei folgende Feststellungen gemacht: In einer Gruppe von Knaben im Alter von 6 bis 9 Jahren befanden sich 45 Prozent „Raucher". Von diesen rauchten 30 Prozent von Zeit zu Zeit, während bei den übrigen 15 Prozent das Rauchen gewohnheitsmäßig betrieben wurde. In einer zweiten Gruppe von Knaben im Alter von 9—12 Jahren waren 69 Prozent Raucher, davon 41 Prozent „Gelegenheitsraucher", 28 Prozent Gewohnheitsraucher. Mit dieser Statistik stimmen die Tatsachen ziemlich überein, die vor einiger Zeit durch eine Umfrage in Belgien erwiesen wurden. Dort machte ein Professor der Brüsseler Universität die Feststellung, daß auf eine Gesamtzahl von mehr als 4000 Knaben, welche die Elementarschulen in verschiedenen Gegenden des Landes besuchten, etwa 49 Prozent Raucher kamen, von denen 38,1 Prozent nur gelegentlich zum Tabak griffen, während 10,9 Prozent alle Tage rauchten. Beide Statistiken haben sich aber nicht mit diesen Feststellungen begnügt. War ja doch die Hauptsache, den Einfluß kennen zu lernen, den ein frühzeitiger Tabakgenuß auf das Gehirn der lernenden Jugend auszuüben vermag. In dieser Beziehung hat die Beobachtung nur eine längst gehegte Vermutung bestätigt, daß nämlich der in der Entwicklung begriffene Organismus durch den Tabakgenuß sehr erheblich geschädigt wird, daß zahlreiche Erscheinungen physischer Art, wie Trägheit, Denkfaulheit usw. direkt auf die Vergiftung mit Nikotin zurückzuführen sind, und daß auch sonst die mentalen Fähigkeiten der Schüler wesentlich unter dem Einfluß des Tabaks gelitten haben. Die tüchtigsten Schüler waren mit anderen Worten diejenigen, die „Nichtraucher" waren, während umgekehrt die Raucher nur ein sehr kleines Heer von Schülern stellten, die den Anforderungen der Schule entsprachen. Es wäre zu wünschen, daß auch in Deutschland eine Statistik über die Verbreitung des Rauchens unter der heranwachsenden Jugend veranstaltet würde, damit rechtzeitig Vorbeugungsmaßregeln getroffen werden können. Nicht zu vergessen ist allerdings, daß gerade Holland das Raucherland par excellence ist, wo der Erwachsene nur selten die Pfeife aus dem Munde nimmt und wo die Raucherabteile der Eisenbahn mit einem in der Tat undurchsichtigen Nebel von Rauchwolken angefüllt sind. Früh übt sich, was ein Raucher werden will. Trotzdem aber darf man nicht annehmen, daß in anderen Ländern die Verbreitung des Rauchunfugs erheblich geringer sei. Auch in Deutschland raucht der Tertianer mit Vorliebe „seine Zigarre", und wenn er sie auch im entlegenen Versteck mit mehreren Kameraden teilen muß. Ist es doch sogar gar keine seltene Erscheinung, daß so ein Dreiklösehoch auf der Straße „wie ein Großer paßt" oder gar einen des Weges kommenden Gentleman „höflichst um Feuer bittet". Eine Enquete würde sicherlich auch in Deutschland überraschende Resultate liefern und Schäden aufdecken, deren Beseitigung im Interesse einer erfolgreichen Schulhygiene dringend geboten ist. Allerdings dürfte man nicht unterlassen, diese Enquete auch auf die Mädchenschulen zu erstrecken, denn auch hier soll es kleine Schwärmerinnen geben, die den heimlichen Genuß einer Zigarette „einzig", „süß" oder „goldig" finden.

Die Brotkapsel muß jede Woche einmal gründlich ausgewaschen, getrocknet und eine Zeitlang geöffnet der Luft ausgesetzt werden. Das Brot wird dann nie einen dumpfigen Geschmack annehmen. Damit es nicht zu trocken wird, lege man eine rohe, gut abgewaschene Kartoffel in die Kapsel. Diese gibt genügend Feuchtigkeit an das Brot ab, doch nicht soviel, um es schimmeln zu lassen.

Rebus.



(Auflösung folgt in nächster Nummer.)

Humor.

Ein Denkstein. Tourist in der Schweiz zum Führer: „Was ist denn das für ein Denkstein, Sepp, da am Wege?"

„O mei, dös is a Stoanerl, dös i selbst aufgestellt hob. Doa an der Stelle hot mir amol a feiner Herr fufzig Kronen g'schenkt."